Neue Zürcher Zeitung

Gewisse Zahlkarten sind jugendgerechter als andere

Schuldenfallen und hohe Gebühren sollten junge Menschen zu umgehen versuchen

Für Eltern lohnt es sich, beim Plastikgeld für den Nachwuchs genau hinzuschauen und nachzurechnen. ADRIAN HANCU / IMAGO

BERNHARD BIRCHER-SUITS

Kurt Metzger (Name geändert) ist auf der Suche nach einer bargeldlosen Bezahlmöglichkeit für seine minderjährige Tochter (16 Jahre alt). Der Teenager möchte Einkäufe im Internet und in Geschäften auf eigene Faust erledigen. Zusätzlich möchte Metzgers Tochter selbst Bargeld am Automaten abheben können.

Als verantwortungsvoller Vater weiss Metzger, dass Kinder und junge Erwachsene ohne regelmässiges Einkommen rasch in die Schuldenfalle tappen. Matthias Felix, Leiter Prävention der Schuldenberatung Zürich, sagt warnend: «Bargeldlose Bezahlung ist omnipräsent. Die Gefahr ist, dass Jugendliche durch das digitale Bezahlen den Bezug zum eigentlichen Wert des Geldes verlieren. Auch die Übersicht über die Ausgaben zu bewahren, wird schwieriger.»

Metzger verspricht sich von einer sogenannten Prepaidkarte finanzielle Kontrolle über die Ausgaben seiner Tochter. Mit Prepaidkarten kann der Inhaber schliesslich nur so viel ausgegeben, wie auf dem Konto vorhanden ist. Schulden können gar nicht erst entstehen. Doch welche Anbieter solcher Karten in der Schweiz haben attraktive Konditionen, und sind diese Karten für Jugendliche auch sinnvoll?

Teure Überraschungen

Nach einer kurzen Suche im Internet sticht Metzger das Angebot der Swiss Bankers Prepaid Service AG ins Auge. Die Karten des Unternehmens mit Sitz in Grosshöchstetten (BE) werden auch von der Credit Suisse und der St. Galler Kantonalbank vertrieben.

Metzger hat das vermeintlich kostenlose Angebot für seine Tochter im Detail unter die Lupe genommen. «Bei der Benutzung der Karte warten einige teure Überraschungen», sagt er. Für die Karte zahlt ein Kunde zwar keine Jahresgebühr, doch für die Nutzung im In- und Ausland fallen jeweils hohe Gebühren an. Pro Bargeldbezug an einem beliebigen Bancomaten in der Schweiz fällt jeweils eine Gebühr von 5 Franken an. Im Ausland kostet dasselbe Geschäft sogar 7.50 Franken.

Doch bevor die Tochter von Kurt Metzger Geld abheben kann, muss sie die Karte mit mindestens 100 Franken aufladen. Macht sie die Aufladung via E-Banking, wird eine Gebühr von 1,5 Prozent des Ladebetrags fällig. Bei jedem Einkauf – egal, ob im In- oder Ausland – zahlt sie ausserdem einen Franken.

Diese Zeitung hat die fünf grössten Schweizer Banken und ihr Plastikgeld für Kinder und Jugendliche unter die Lupe genommen. Im Vergleich mit dabei waren die Credit Suisse, die Raiffeisen Bank mit Sitz in Zürich, die Postfinance, die UBS und die Zürcher Kantonalbank (ZKB). Zusätzlich geprüft wurden auch die Konditionen der Smartphone-App «Neon free». Die Bezahl-App wird von der 2017 gegründeten Neon Switzerland AG in Zürich angeboten. Das dazugehörige Konto liegt bei der Hypothekarbank Lenzburg und unterliegt wie bei den Banken der Einlagensicherung bis zu 100 000 Franken.

Die Tabelle mit Stichdatum 3. Mai dieses Jahres zeigt Folgendes: Mit den tiefsten Gesamtkosten von 13 Franken im ersten und 3 Franken in den Folgejahren bei Neon kann keine der untersuchten Banken mithalten. Die Pluspunkte der Neon-App: Es fällt weder eine Auflade- noch eine Jahresgebühr an. Zudem ist ein Geldbezug am Bancomaten in der Schweiz zwei Mal pro Monat kostenlos möglich. Zusätzliche Bezüge kosten im Inland 2 Franken. Im Ausland kosten die Bezüge pauschal 1,5 Prozent des abgehobenen Betrags.

Bei allen anderen untersuchten Anbietern wird klar: Die Kosten einer Prepaidkarte sind happig. Am meisten zahlt die Tochter von Kurt Metzger mit 120 Franken bei der Raiffeisen Bank Zürich, der Postfinance, der UBS und der ZKB. Das sind 107 beziehungsweise im zweiten Jahr 117 Franken mehr als bei Neon. Bei der Credit Suisse zahlt Metzgers Tochter mit 88 Franken pro Jahr zwar weniger als bei den anderen Banken, jedoch immer noch deutlich mehr als bei Neon.

Prepaidkarten bringen nichts

Die Erkenntnis des Vergleichs: Prepaidkarten bringen den Kunden viele Gebühren und keine handfesten Vorteile im Vergleich zu Debitkarten. Sie sind daher weder für Jugendliche noch für Erwachsene eine sinnvolle Option. Um bargeldlos bezahlen zu können, reichen Debitkarten, die man bei der Eröffnung eines Jugendkontos in der Regel kostenlos erhält.

Eltern können dank Vollmacht die Ausgaben ihrer Kinder bei Debitkarten problemlos in den Banking-Apps überwachen und zum Beispiel Ausgabelimiten setzen oder Benachrichtigungen bei erfolgten Ausgaben erhalten. «Es gibt heute keinen Grund mehr, weshalb Kinder und Jugendliche eine Prepaid-Kreditkarte anstelle einer Debitkarte benutzen sollten», sagt der Geldexperte Ralf Beyeler von der Vergleichsplattform Moneyland.

Debitkarte als beste Lösung

Im Gegensatz zu den herkömmlichen Bankkarten kann man mit neusten Debitkarten auch Onlinekäufe im Internet tätigen. Matthias Felix, Leiter Prävention der Schuldenberatung Zürich, sagt: «Eine Debitkarte als erste eigene Karte ist sinnvoll. Es kann nur so viel ausgegeben werden, wie vorhanden ist. Das Konto kann nicht überzogen werden. Von klassischen Kreditkarten raten wir ab, weil die Rechnung erst Ende Monat kommt. Zudem wird die Zinsbelastung bei verspäteter Bezahlung häufig stark unterschätzt.»

Doch wie teuer sind Debitkarten? Der Vergleich der Gebühren und Jahreskosten für Debitkarten unter gleichen Annahmen wie bei den Prepaidkarten macht klar: Debitkarten sind in der Regel deutlich billiger als Prepaidkarten. Die Postfinance sticht mit ihrem Angebot heraus, da sie keine Gebühren verlangt. Allgemein sind die Gebühren überschaubar. Da eine Debitkarte, wie eine Prepaidkarte, immer mit einem Zahlungskonto verbunden ist, fällt die Jahresgebühr vor allem bei Jugendlichen meist weg und reduziert die Kosten nochmals. Vor Bezug einer Debitkarte gilt es darum zu prüfen, wie teuer das dazugehörige Konto pro Jahr ist.

Eltern könnten folgende Geld-Tipps ein Leitfaden sein.

■ **Über Geld reden:** Nebst der richtigen Wahl von Bankkarte und Konto spielt auch die Erziehung und Aufklärung der Kinder eine wichtige Rolle. Schuldenberater empfehlen, dass Eltern frühzeitig mit ihren Kindern über ihr Konsumverhalten sprechen und ein altersgerechtes Budget erstellen.

■ **Ratenzahlungen vermeiden:** Ein Kauf und die Bezahlung von Waren auf Raten bergen die Gefahr einer Verschuldung. Jugendliche ohne festes Einkommen sollten keine Ratenkäufe tätigen.

■ **Keine Kreditkarten:** Es ist nicht empfehlenswert, dass Eltern Jugendlichen ihre eigene Kreditkarte überlassen. In der Regel sind die Limiten für Kreditkarten hoch, und die Kinder können damit für einen höheren Betrag einkaufen.

■ **Budget-Apps nutzen:** Ein Budget zu setzen, hilft, die Ausgaben im Griff zu halten. Dazu gibt es verschiedene Apps. Der Schuldenberater Matthias Felix empfiehlt die App «BudgetCH». Sie wird von der Budgetberatung Schweiz kostenlos herausgegeben. Damit können Eltern mit ihren Kindern ganz einfach auf dem Smartphone ein Budget erstellen.

■ **Digitale Sparkassen nutzen:** Einige Banken bieten ihren Kunden an, das Konto mit digitalen Sparkassen zu verknüpfen. So können Jugendliche Sparziele selbst setzen und lernen, Geld auf die hohe Kante zu legen.

Neon als günstigster Anbieter von Prepaidkarten

Anbieter	Credit Suisse	Raiffeisen Zürich	Postfinance	UBS	ZKB	Neon
Kartenbezeichnungen	Prepaidkarte	Prepaid-Kreditkarte	Mastercard Value	Prepaid-karte	Prepaid-karte	Neon free Mastercard
Jahresgebühr in Fr.	Gratis	Gratis	Gratis	Gratis	Gratis	Gratis (einmalige Kosten für Karte von 10 Fr.)
Kosten mtl. Aufladung von 150 Fr. und 10 Bezüge am Bancomaten sowie 2 Bezüge von 100 Fr. im Ausland	88.–	120.–	120.–	120.–	120.–	3.–
Totalkosten in Fr.	88.–	120.–	120.–	120.–	120.–	13.– (im 2. Jahr 3.–)
Mindestalter	12	14	12	12	14	16

Stand: 3. 5. 2023; Annahmen für den Vergleich: Monatliches Aufladen der Prepaidkarte mit 150 Franken. Zehn Mal pro Jahr Nutzung der Karte in der Schweiz für Bargeldbezüge von 100 Franken am Bancomaten des Kartenherausgebers. Zwei Mal pro Jahr Bezug von 100 Franken im Ausland. Verbindung der Prepaidkarten mit einem normalen Jugendkonto bei der jeweiligen Bank.

Quelle: Eigene Recherchen, Angaben der Finanzinstitute / feb.

Debitkarten als sinnvolle Alternative zu Prepaidkarten

Anbieter	Credit Suisse	Raiffeisen Zürich	Postfinance	UBS	ZKB
Kartenname	Debitkarte	Debit Card	Postfinance Card	Debitkarte	ZKB Visa Debit Card Stucard
Jahresgebühr Karte in Fr. (Kontogebühren nicht enthalten)	Gratis	Gratis	Gratis	Gratis	Gratis
Gebühren für Bezüge in Fr.	10.–	9.–	Gratis	10.–	10.–
Totale maximale Jahreskosten in Fr.	10.–	9.–	0.–	10.–	10.–
Mindestalter	12	12	12	12	10

Stand: 3. 5. 2023; Annahmen für den Vergleich: Zehn Mal pro Jahr Nutzung der Karte in der Schweiz für Bargeldbezüge von 100 Franken am Bancomaten des Kartenherausgebers. Zwei Mal pro Jahr Bezug von 100 Franken im Ausland. Verbindung der Debitkarten mit einem normalen Jugendkonto bei der jeweiligen Bank.

Quelle: Eigene Recherchen, Angaben der Finanzinstitute / feb.

London und Bern stricken an Handelsvertrag

Im Vordergrund sind Onlinehandel und Dienstleistungen

GERALD HOSP

Bevor die britische Wirtschafts- und Handelsministerin Kemi Badenoch am Montag zum Bärengraben nach Bern ging, hatte sie einen Auftritt in der Drachenhöhle in Zürich. So heisst im Vereinigten Königreich die Fernsehsendung, in der Jungunternehmer um die Gunst von Investoren buhlen, «Dragon's den». Bei Tenity, einer Plattform für Startups beim Schweizer Börsenkonzern SIX, präsentierten sich vier Jungunternehmen vor Badenoch in einer Art Drachenhöhle.

Lücken schliessen

Die Marketing-Botschaft der Politikerin war klar: Das Vereinigte Königreich ist in der Nach-Brexit-Zeit modern, zukunftsorientiert und auf Dienstleistungen wie den Finanzbereich ausgerichtet. Mit ähnlichen Attributen soll ein künftiges weiterentwickeltes Handelsabkommen zwischen Grossbritannien und der Schweiz beschrieben werden. Zusammen mit Bundesrat Guy Parmelin lancierte Badenoch in Bern die Verhandlungen zwischen den beiden Ländern. Die erste Verhandlungsrunde wird bereits nächste Woche in London stattfinden.

«Die Schweizer und die britische Wirtschaft sind dienstleistungsorientiert und auf Finanzdienstleistungen und Innovationen fokussiert», sagt Badenoch im Gespräch. Dies soll sich auch in einem aufgefrischten Handelsabkommen spiegeln. Nach dem britischen Austritt aus der EU rekonstruierten Bern und London im Grunde das Abkommen der Schweiz mit der EU aus dem Jahr 1972 und weitere Verträge. Mit

Der Elefant im Raum heisst EU
Kommentar auf Seite 19

den neuen Verhandlungen sollen nun Lücken geschlossen werden wie die Vereinfachung von Zollverfahren.

Weil die Zollsätze für Güter, ausser bei landwirtschaftlichen Produkten, ohnehin keine Rolle mehr spielen, werden von beiden Seiten vor allem der Digitalhandel, die Regelung von Datenflüssen und Datenschutz, Investitionen, Rechte an geistigem Eigentum und der erleichterte Handel mit Dienstleistungen in den Vordergrund gestellt. Dadurch soll besonders die Rechtssicherheit erhöht werden. Ein wichtiger Punkt wird auch die Mobilität von Dienstleistungserbringern sein.

Erleichterter Kurzaufenthalt

Seit dem Brexit gilt die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU für Grossbritannien nicht mehr. Ein Abkommen zwischen Bern und London erleichtert jedoch bereits Kurzaufenthalte für Dienstleistungserbringer. Dieses ist derzeit befristet und könnte im Rahmen eines Handelsabkommens auf eine dauerhafte Basis gestellt werden.

Seit einiger Zeit laufen bereits Verhandlungen über ein Finanzdienstleistungsabkommen, das eine gegenseitige Anerkennung – und keine Harmonisierung – der Regeln im Finanzsektor vorsieht. Dies wäre ergänzend zu einem umfassenderen Handelsabkommen. Damit wollen die beiden Länder auch ein Signal gegenüber der EU setzen, dass sie in der Lage sind, ausserhalb des EU-Binnenmarktes zusammenzuarbeiten. Es heisst, dass die Verhandlungen bis zum Sommer abgeschlossen werden könnten.

Die Schweiz möchte beim Handelsabkommen mit Grossbritannien auch erstmalig statt Positivlisten Negativlisten einsetzen: Dabei stehen alle Sektoren, die nicht in einer Liste aufgeführt sind, in der Regel ausländischen Dienstleistern unter den gleichen Bedingungen wie Inländern offen. Im Nationalrat hat dies zu reden gegeben. Dieser Ansatz ist jedoch international üblich.